

Bericht des Landrates an den Kreistag
(am 10.12.2014)

Sehr geehrte Damen und Herren,

meine Berichte an den Kreistag habe ich in den zurückliegenden Monaten zumeist zu bestimmten Inhalten gehalten, die für die Entwicklung des Landkreises und der hier lebenden Menschen bedeutsam sind. So zum Beispiel mehrfach zu den Herausforderungen des demografischen Wandels oder zur touristischen Entwicklung.

Heute, wenige Tage vor Weihnachten – dem Fest des Friedens und der Familien – habe ich mich ganz bewusst für den Themenschwerpunkt Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Landkreis Uckermark entschieden.

Hier in Deutschland können wir auf die bevorstehenden Feiertage freuen. Nicht immer frei von Sorgen, aber in jedem Fall mit der Gewissheit, in einem friedlichen Land zu leben. Unsere Eltern oder Großeltern, die den Krieg noch aus eigenem Erleben kennen, können mehr als wir ermessen, was das wert ist.

Doch nur wenige Flugstunden von uns entfernt, gibt es Krieg und Gewalt. Und über Internet, Fernsehen oder andere Medien werden uns täglich Bilder aus den Krisenregionen dieser Welt in die heimischen Wohnzimmer übertragen. Auf der Flucht vor Krieg, Gewalt, Verfolgung und Not fliehen Tausende Menschen aus ihren Heimatländern.

Die Aufnahme und der Schutz dieser Menschen aus humanitären Gründen stellt eine gemeinsame Herausforderung für alle dar, die auf Kreis-, Stadt- und Gemeindeebene Verantwortung tragen. Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, müssen alle Möglichkeiten und Potentiale im Landkreis ausgeschöpft werden. Mehrere Ämter der Kreisverwaltung arbeiten gemeinsam mit den Verantwortlichen in den Stadt-, Amts- und Gemeindeverwaltungen mit Hochdruck daran, entsprechende Vorkehrungen zu treffen, um die Asylbewerber und Flüchtlinge aufnehmen zu können.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge prognostiziert mehrfach unterjährig die voraussichtlichen Zuweisungen von Asylbewerbern und Flüchtlingen an die Länder. Die steigende Anzahl von Asylbewerbern bundesweit führte seit 2011 zu steigenden Aufnahmezahlen. Das Aufnahmesoll für den Landkreis Uckermark für 2014 beträgt 361 Personen, einschließlich der nicht erfolgten Zuweisungen von 39 Personen aus 2013.

Bis zum 30. November wurden 252 Personen aus Eisenhüttenstadt im Landkreis untergebracht. 109 Asylbewerber sind bis Jahresende also noch aufzunehmen.

Gegenwärtig leben 426 Asylbewerber im Landkreis Uckermark. 182 Asylbewerber leben mittlerweile in Wohnungen, die im Kreisgebiet verteilt sind.

Die Vorbereitungen für die dann noch in diesem Jahr aufzunehmenden 109 Asylbewerber laufen weiter auf Hochtouren. Eine Unterbringung der neu aufzunehmenden Asylbewerber wird sowohl im Übergangwohnheim erfolgen als auch in weiteren Wohnungen. Hierfür stehen bereits 26 Wohnungen zur Verfügung,

die gegenwärtig ausgestattet werden, so dass die Einzüge noch im Dezember erfolgen werden. Da die Kapazität des Heimes auf 225 begrenzt ist und die Kapazitätsgrenze gegenwärtig erreicht wird, kam es zu einer maßvollen Überbelegung von 25 Plätzen. Auch diese Plätze sind bereits belegt.

Zusätzlich wird eine Notfallunterkunft in Angermünde mit zunächst 50 Plätzen noch für dieses Jahr vorbereitet. Hierfür ist die kreiseigene Liegenschaft in Angermünde (ehem. Förderschule) bestimmt worden. Die Notfallunterkunft soll eine kurzfristige Aufnahme sicherstellen. Wir sind bestrebt, die Unterbringungszeit dort kurz zu halten und die Verteilung in Wohnungen oder auch in das Übergangwohnheim vorzunehmen. Die Abstimmungen mit den örtlichen Wohnungsunternehmen und den kommunalen Vertretern zu möglichen Wohnungsangeboten werden ständig geführt. Die Bereitschaft der kommunalen Vertreter und der Wohnungsunternehmen zur Unterstützung des Landkreises bei der Sicherstellung der Unterbringung von Asylbewerbern ist groß und die Zusammenarbeit durch ein konstruktives Miteinander geprägt. Hierfür spreche ich allen Akteuren vor Ort meinen herzlichen Dank aus.

Die Einwohner des Landkreises Uckermark beschäftigt die Asylthematik ebenso.

Insbesondere die Bürger, die direkt betroffen sind, möchten mehr über die Situation und die Strategien des Landkreises erfahren. Den Fragen der Einwohner der Gemeinde Boitzenburger Land stellten sich am 28.11.2014 Herr Fillbrunn und Frau Nitschmann. Am Ende der Veranstaltung konnten die Fragen der Einwohner beantwortet werden. Die überwiegende Anzahl der Einwohner wird die neuen Bewohner willkommen heißen.

Ähnliche Gesprächsrunden sind auch in weiteren Kommunen geplant; zum Beispiel fand zu diesem Thema gestern eine öffentliche Sitzung des Ortsbeirates in Dedelow statt.

Am Standort des Übergangwohnheimes in Prenzlau werden zusätzliche Wohnmodule mit 90 Plätzen gebaut. Die Fertigstellung ist für das 1. Quartal 2015 geplant. Nach Abwägung aller Möglichkeiten und in Abstimmung mit den Bürgermeistern und Amtsdirektoren fiel die Entscheidung, ein weiteres Übergangwohnheim mit insgesamt ca. 100 Plätzen in Templin, Prenzlauer Allee umzubauen. Die ersten Bewohner sollen möglichst ab Ende 2015 dort einziehen.

Die Fachämter der Kreisverwaltung stimmen sich regelmäßig über die wichtigsten Fragen und Aufgaben ab. Die Sicherstellung der Unterbringung wird von allen Beteiligten prioritär und mit großer Sorgfalt behandelt.

Die Aufnahmesituation wird im nächsten Jahr nicht einfacher werden. Eine genaue Prognose über die aufzunehmenden Asylbewerber liegt nicht vor. In Anbetracht der Krisensituationen ist aber von deutlichen Steigerungen auszugehen.

Diese Situation kann die Kreisverwaltung nicht allein bewältigen. Trotz der bisherigen großen Bereitschaft der Kommunen und Wohnungsunternehmen zur Wohnungsvermietung werden nach wie vor dringend weitere Angebote erbeten, um die Unterbringung von Asylbewerbern hier im Landkreis sicherstellen zu können.

Auch wenn die Bereitstellung angemessener Unterkünfte im Moment unsere größte Herausforderung ist, die viel Zeit und Kräfte bindet, sollten wir aber auch die anderen Faktoren nicht aus den Augen verlieren: Die Menschen, die zu uns kommen, brauchen vor allem in den ersten Tagen und Wochen Hilfe und Unterstützung bei der Lösung der vielen großen und kleinen Alltagsprobleme. Das würde uns nicht anders gehen, wenn wir vor einem Bürgerkrieg in Deutschland in ein Land fliehen müssten, dessen Sprache und Kultur uns völlig fremd sind. Verwaltungen allein können das nicht flächendeckend leisten. Wir brauchen Menschen, die sich in den Städten und Gemeinden als Ansprechpartner zur Verfügung stellen, als Lotse fungieren, eben Nachbarschaftshilfe im besten Sinne des Wortes leisten.

In der Uckermark gibt es da bereits einige gute Ansätze:

Etwa das Bunte Bündnis couragiertes Prenzlau, das u. a. zu Fahrradspenden aufgerufen hat, die Räder reparierte und diese dann an Asylbewerber übergab.

Oder eine pensionierte Lehrerin, die Familien in Greiffenberg betreut und den Kindern beim Erlernen der deutschen Sprache hilft.

Oder Einwohner der Gemeinde Boitzenburg, die sich Gedanken machen, wie sie die Familien willkommen heißen können und ihnen den Start in der neuen Umgebung erleichtern.

Oder Projekte der Bürgerstiftung Barnim-Uckermark, die das Zusammenleben der Menschen fördern – und vieles, vieles mehr.

Integration kann nicht verordnet werden. Sie funktioniert nur, wenn es uns gemeinsam gelingt, Verbindungen zwischen den Menschen zu schaffen. Das kann zum Beispiel über die Sportvereine, Wohlfahrtsverbände, Vereine, Kirchen, Schulen oder Feuerwehren erfolgen. Wie sich der Landkreis Uckermark diesem Thema stellt, werden wir heute noch unter dem Tagesordnungspunkt Integrationsleitbild diskutieren. Hier gibt es spannende Ansätze und gute Ideen.

Auch die Schulen müssen sich darauf einstellen, Kinder von Asylbewerbern aufzunehmen. Das ist eine Herausforderung, die aber gemeistert werden kann. Hier sind das Bildungsministerium, das Landesschulamt und die Schulträger dabei, entsprechende Angebote zu unterbreiten.

Das Erlernen der deutschen Sprache ist und bleibt der Schlüssel zur Integration. Die Sprachförderung muss möglichst schnell beginnen und konsequent durchgesetzt werden. Dabei setzen wir auf verschiedene Akteure und Aktivitäten. So stellt das Land Brandenburg beispielsweise in Prenzlau und in Angermünde jeweils 20 Lehrerstunden wöchentlich zur Verfügung, in denen Kinder von Asylbewerbern aus den umliegenden Gemeinden Deutschunterricht erhalten. Die Uckermark profitiert auch vom Landesprogramm, das Sprachkurse für Asylbewerber und Flüchtlinge aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds anbietet. Und nicht zuletzt gibt es auch in diesem Bereich verschiedene private Initiativen.

Alles in allem kann ich konstatieren, dass wir bei der Meisterung dieser anspruchsvollen Aufgabe auf einem guten Weg sind. Allerdings benötigen wir jede Menge Hilfe. Die humanitäre Verpflichtung tragen wir als kommunale Gemeinschaft

gleichermaßen und ich bin sicher, dass uns diese Herausforderung gelingen wird. Mein Dank gilt all jenen, die uns dabei unterstützen.

Der heutigen Kreistagssitzung wünsche ich einen guten Verlauf und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.